

Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich hätte es mir dieses Jahr wirklich sehr leicht machen können mit meiner Haushaltsrede. Einfach, in dem ich ganze Passagen aus der Rede hier wiederholt hätte, die ich am 12.März 2009 zum gleichen Anlass gehalten habe. Damals habe ich eine ganze Reihe von Fehlleistungen, Versäumnissen und Verzögerungen aufgezeigt, die der Bürgermeister – der damals auch schon Rainer Weber hieß – zu verantworten hat. Das hat uns schon seinerzeit besonders geärgert, weil dieser sich land auf land ab als der Verwaltungsexperte feiern ließ, dank dessen Qualitäten die Verwaltung mit einem vorbildlich kleinen Personalstamm auskam.

Wenige Jahre war es dann der gleiche Rainer Weber, der deutliche Unterbesetzungen an vielen Stellen der Verwaltung beklagte. Unangenehme Überraschung aber: Die Orgauntersuchung im Jahr 2011 hat deutlich geringere Defizite im Bereich der Stellen ergeben, als der Bürgermeister erwartet hat. Die heute von ihm heftig beklagte Tatsache, dass es de facto kein Büro des Bürgermeisters gebe ist übrigens ein Ergebnis der erwähnten Untersuchung. Der Verwaltungsvorlage 67/2011 ist aber nicht zu entnehmen, dass er das auch nur ansatzweise kritisch gesehen hat. .

Nun stellt sich die Lage erneut anders dar: Nach einigen, vom Bürgermeister vorgenommenen und zu verantwortenden Umbesetzungen ist die Lage in der Verwaltung geradezu dramatisch und auch die zusätzlichen Stellen, die wir im Mai bzw. Juni 2016 beschlossen haben, reichten nicht hin.

Ich war beim Verfassen dieser Rede ernsthaft in Versuchung, jetzt eine Liste all der Beschlüsse folgen zu lassen, die nicht oder zu spät umgesetzt wurden, ausführlich auf das leidige Thema Niederschriften einzugehen, über die Nichteinhaltung von Kostendeckelungen zu reden oder über die lange Liste von Planungen, die aufgeschoben werden mussten.. Ich will mir und Ihnen das ersparen und mich auf die Feststellung beschränken: Herr Bürgermeister Weber, bei ihnen klappt zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen ihrer Selbsteinschätzung und unserer Wahrnehmung ihrer Arbeit eine riesige Lücke. Dies gilt insbesondere für ihre mangelhaften Führungsqualitäten. Wir sehen das Jahr 2017 als Jahr der Bewährung und hoffen, dass wir bald wieder von einem geordneten Verwaltungshandeln sprechen können. Um das nochmals deutlich zu machen: Wir kritisieren nicht die Beschäftigten in der Verwaltung – jeder und jede von Ihnen tut sein und ihr bestes und mit der jetzigen erneuten Erweiterung des Stellenplans wollen wir erreichen, dass .die personellen Rahmenbedingungen passen.

Der Haushalt 2017 wird – so jedenfalls der Plan – erneut mit einem Defizit abschließen. von 1,3 Millionen €. Angesichts des Volumens unseres Haushaltes heißt das: Auch in 2017 werden fast 10 % der geplanten Ausgaben nicht von

Einnahmen gedeckt. Und dies, obwohl wir in einem wahren Kraftakt in 2016 im Arbeitskreis Gemeindefinanzen bis ins Kleinste unsere Erträge und Aufwendungen unter die Lupe genommen, mögliche Standardsenkungen diskutiert und tatsächlich eine Reihe von Verbesserungen beschließen konnten. Der Bürgermeister hat bei der Einbringung zu recht darauf hingewiesen: Die Gemeinde Uedem leistet sich keinen Luxus. Leidiglich im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit stehen wir leider noch immer am Anfang und sind nicht wirklich weitergekommen.

Keine Einigkeit – ohne das ich jetzt nochmals im Detail auf den denkwürdigen Wortbruch seitens der CDU eingehen will - konnten wir im Bereich der Steuereinnahmen erzielen.

In diesem Zusammenhang spielt ein Begriff eine wichtige Rolle, auf den ich einmal näher eingehen will, nämlich die „fiktiven Hebesätze“. Worum geht es da? Das Land setzt für die Gemeindesteuern, also die Grundsteuer A+B sowie Gewerbesteuer fest, in welcher Höhe Steuersätze mindestens in die Berechnungen der Zuweisungen und Umlagen eingehen. Hintergrund ist der Versuch zu verhindern, dass Kommunen durch niedrige Steuersätze Gewerbe und Einwohner anlocken und die Einnahmeverluste durch höhere Zuweisungen und niedrigere Umlagen zu Lasten anderer teilweise gegenfinanzieren. Oder anders gesagt: Wir zahlen Kreisumlage in einer Höhe, als würden unsere Hebesätze auf der Höhe der fiktiven Hebesätze sein. Das heißt: Für über 100.000 €, die wir nicht einnehmen zahlen wir mehr als 50.000 € an den Kreis Kleve. Die CDU und ihr Bürgermeister stellen sich auf den Standpunkt, dass man diese Summen ja auch bezahlen müsste, wenn man die höheren Steuern einnehmen würde. Und das stimmt auch. Aber es stimmt auch etwas anderes: Jeder Euro, den wir in diesem Bereich einnehmen, bleibt auch in unserer Kasse, weil wir die darauf entfallende Umlage ohnehin bezahlen.

Angesichts der Tatsache, dass CDU und Bürgermeister bereits angekündigt haben, alle drei Steuern im kommenden Jahr deutlich über diese fiktiven Hebesätze anzuheben, halten wir diese Haltung für einen Fehler, den wir zur Kenntnis nehmen.. Es wird ihre Aufgabe sein, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU und Herr Bürgermeister, diese Erhöhungen im kommenden Jahr den Menschen zu erklären.

In den letzten Jahren stand auch immer wieder im Mittelpunkt unserer Kritik, dass die Verwaltung nicht wirklich in der Lage war, im Bereich der Grunddaten, Kennzahlen und insbesondere der operativen Ziele brauchbare Vorlagen zu liefern. Wir räumen ein, dass hier von Jahr zu Jahr Fortschritte erzielt werden. Es geht natürlich noch viel besser, aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Was allerdings nicht geht: In die Erläuterungen schreiben, dass man derzeit verhandele und das einfach Jahr für Jahr zu wiederholen. Seit 2014 findet sich in jedem Haushaltsplan der Hinweis, man verhandele mit den Pächtern des Bürgerhauses über eine Änderung des Pachtvertrages. Seit 2014 gibt es kein Ergebnis. Herr Bürgermeister: Entweder schließen Sie diese Verhandlungen endlich erfolgreich ab oder – Gestehen Sie endlich ihr Scheitern in dieser Frage ein. Andere

Ansätze, die wir seit Jahren vor uns her getragen haben, verschwinden ohne jede Erläuterung. Der Ansatz für den Bau einer öffentlichen Toilette ist jedenfalls ohne weitere Erklärung auf 0 gesetzt worden.

Offen geblieben ist im 2017er Plan bis heute das operative Ziel im Rahmen des Produkts 1602 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft. Gegen jede Vernunft halten Bürgermeister und Kämmerer seit Jahren daran fest, in irgendeiner Form hier so etwas wie eine Schuldenbremse zu formulieren. obwohl beide einräumen, dass ihnen dazu nichts Gescheites einfällt. Dabei ist es ganz einfach und ich habe das bereits in meiner Rede zum Haushalt 2016 gesagt: **Eine Schuldengrenze, die ihren Namen wirklich verdient, ist unvernünftig, eine, die ihn nicht verdient, ist sinnlos.** Um da nicht missverstanden zu werden: Wir reden selbstverständlich nicht einer hemmungslosen Verschuldung das Wort, sondern sehen uns dem gemeinsam verabschiedeten strategischen Ziel einer soliden und generationengerechten Haushaltswirtschaft verpflichtet. Aber es kann ja durchaus auch vernünftig sein, bewusst Schulden zu machen. Klingt vielleicht komisch, ist aber so. Der Bürgermeister hat bei der Haushaltseinbringung gesagt (ich zitiere) „Wie schon erläutert, wird in 2017 eigentlich keine Kreditaufnahme erforderlich, jedoch aus Liquiditätsgründen zur Bezahlung von Investitionen eine Kreditaufnahme über 2,0 Millionen Euro erforderlich, die aus der Kreditermächtigung für 2016 gedeckt werden soll.“ Soll heißen: Damit die Liquidität geschont wird, werden Kredite aufgenommen.

Auch anhand des Landesprogramms Gute Schule 2020 lässt sich das aufzeigen: Die Gemeinde Uedem erhält in den kommenden drei Jahren 466.700 €. Diese werden von der NRW-Bank ausbezahlt und kosten uns keinen Cent an Zinsen oder Tilgung, weil das Land diese Kosten trägt. Aber: Die Summe von jährlich 116.000 € ist buchhalterisch ein Kredit und erhöht bei uns entsprechend die Neuverschuldung. Wie hätten wir wohl reagiert, wenn die 2015 ins Auge gefasste Begrenzung der pro-Kopf-Verschuldung damals beschlossen und jetzt bereits erreicht wäre? Hätten wir dann diese Mittel abgelehnt, weil allein deren Annahme unsere pro-Kopf-Verschuldung um mehr als 50€ ansteigen lässt?

Aber unabhängig von diesen Gedankenspielen: Es tut unserem Gemeindegeldbeutel gut, dass wir die ohnehin geplante und in Umsetzung befindliche Sanierung unserer Grundschule hinsichtlich des 2. Bauabschnittes vollständig aus diesem Programm finanzieren und darüber hinaus auch noch die Anschaffung von interaktiven Whiteboards und einen neuen Computerraum finanzieren können.

Ich bin fast sicher, dass Bürgermeister und die in Düsseldorf in der Opposition befindlichen Parteien gleichwohl beklagen werden, dass das Land alle Kommunen im allgemeinen und Uedem im besonderen im Stich lasse. Und ich verhehle ja gar nicht, dass man sich immer noch mehr wünschen kann und wir auf Dauer unbedingt wieder in die Lage kommen müssen, unseren Haushalt strukturell auszugleichen. Der Schlüssel dafür liegt aber nicht beim Land. Auch wenn Sie das ja nicht gern hören: Wir haben eine kommunalfreundliche, erstklassige Landesregierung und Landtagsmehrheit. Der Schlüssel liegt vielmehr in Berlin und ja, ich weiss, dass dort

auch die SPD mitregiert. Es ist ja auch schon vieles besser geworden. Seit 2014 trägt der Bund die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, zur Entlastung bei den Sozialausgaben gab es 2015 und 2016 jeweils eine Milliarde, 2017 werden es 2,5 sein. Weitere Entlastungen, wie die flüchtlingsbedingten Mehrkosten bei KdU sind beschlossen, ab 2018 greift eine Entlastung um weitere 5 Milliarden Euro, die zum Teil ebenfalls über KdU, zum anderen Teil über den Umsatzsteueranteil bei uns ankommen werden. Dennoch: Erst, wenn die Kosten der Sozialhaushalte vom Bund getragen werden, ist ein strukturell ausgeglichener Haushalt und neuer Handlungsspielraum erreichbar.

Es gibt einen Knackpunkt für uns bei diesem Haushalt, und das sind die vorgesehenen weiteren Planungskosten für den ins Auge gefassten Bürgerwindpark. Die Haltung der SPD dazu ist unverändert: Wir sagen gern ja zu diesen Plänen, solange klar ist, dass die Gemeinde Uedem auf den Kosten dafür nicht sitzen bleibt. Daher haben wir – wie wohl auch die CDU – die Verwaltung aufgefordert, in die Finanzplanung den schon entstandenen und den jetzt etatisierten Kosten auch die entsprechenden Ertragserwartungen in den Folgejahren gegenüber zu stellen. Dies ist jetzt so vorgesehen und damit tragen wir die Planung auch weiterhin mit.

Wir freuen uns außerdem, dass der von uns schon im Zusammenhang mit dem Bau der Freizeitstätte an der Hohen Mühle beantragte Mehrgenerationenspielplatz in diesem Jahr planerisch auf den Weg gebracht werden soll. Wir freuen uns darauf, mit den Bürgerinnen und Bürgern Pläne zu schmieden und hoffentlich eine Einrichtung zu schaffen, die hohe Aufenthaltsqualität für Kinder mit Müttern und Vätern, aber auch Großeltern und Enkel bietet.

Die SPD-Fraktion hatte eine ganze Reihe von Fragen zu diesem Haushalt, für deren geduldige Beantwortung wir der Verwaltung danken.

Bei der Beurteilung des Gesamtwerkes sind bei uns viele Bedenken und Vorbehalte deutlich geworden, es gab und gibt aber nicht den einen zentralen Punkt, der uns eine Zustimmung unmöglich gemacht hätte. Daher werden wir auch in diesem Jahr dem Haushaltsplan zustimmen.